

Seitens der
für den 1. März
Preis 2 50 S. durch die
Post bezogen 3 S. für
den Bresteljahr.
Die vollständige Zeitung
nicht monatlich in
erster Ausgabe Vor-
mittags 11 1/2 Uhr, in
zweiter Ausgabe Nachm.
5 Uhr.
Fernsprechverbindung
mit Berlin u. Leipzig.
Anschluß Nr. 158.

Sächsische Zeitung

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Sächsischer Courier.)

Anzeige-Verfahren
für die vollständige
Anzeige in der
für Halle u. Bergr.
Merkmale nur 15 Pf.
sonst 18 Pf. Einmalige
für die vollständige
aufgegebenen Anzeigen
werden im Sächsischen
Inseratenblatt unent-
geltlich abgedruckt.
Sachverständigen-Anzeige
des redactionellen Theils
die Seite 40 Pf.

Nummer 16.

Halle, Dienstag 20. Januar 1891.

183. Jahrgang.

Halle, den 19. Januar.

Ein Rückblick auf die Zolldebatten.

Die Erklärung, mit welcher Herr v. Caprivi die mehr-
tägige Erörterung unserer Wirtschaftspolitik einleitete,
kann nur dankend und vollständig von den Freunden
des Schicks der nationalen Arbeit acceptirt werden.
Denn, wenn der erste Vertreter der verschiedenen Regierun-
gen in diesem Augenblicke, in welchem ein Aufbruch
der durch die Sozialdemokraten veranlaßten Freihändler
erfolgen soll, erklärt, die verschiedenen Regierungen würden
sich nur soweit an der Abschlichtung beteiligen, als auf
die Verichtigung bedenklicher Streitfragen über thatsächliche
Wirtschaftsverhältnisse anlässe, so ist damit implizit ausgesprochen,
daß in unseren inneren wirtschaftlichen Zuständen die
Wirtschaftspolitik keinen Anlaß findet, von der bisherigen
Wirtschaftspolitik abzugehen.

Wäre es anders, so hätte die Reichsregierung in einer
so wichtigen Verhandlung des Reichstages nicht schweigen
können, sie hätte ihren schlichten Standpunkt darlegen
müssen. Unrührend hiervon ab, ob im Wege der Ver-
tragsverhandlungen oder schließend internationale Motive
veranlassen können, Tarifkonventionen zu machen. Diese
Frage stand im Reichstage nicht zur Erörterung; so viel-
fach die Freihändler sich bemüht haben sie hineinzuziehen,
erwidert und durch die Abstimmung beantwortet wurde
ausdrücklich, ob unsere deutsche Wirtschaft eine wirt-
schaftspolitische Umkehr bedingte. Dieses wurde vom
Reichsstaatssekretär Schwab, vom Reichstage durch dessen
Votum verneint.

Wenn aber die Freihändler und Sozialdemokraten
nichts Geringeres als eine handelspolitische Umkehr, ja
eigentlich mehr noch, einen wirtschaftlichen Umsturz herbei-
zuführen gedächten, so sollte man meinen, es sei Sünde der
Antagsteller, für so weit gehende Forderungen mit einem
bereitsfertigen Material von Thatsachen ausgerüstet vor
dem Reichstage zu erscheinen. Die Rede für die Freihändler
und gegen die Antagsteller und Auer zu unterstützen, ist
recht interessant. Nicht der als Antagsteller zuerst zum
Worte kommenden Abg. Schumacher und Richter wäre
gewesen, diese Thatsachenmaterial, — wenn sie es konnten,
in erdrückender Fülle und Gewicht vorzubringen. Was aber
brachten Beide?

Sucht man bei den sozialdemokratischen Fratzen-
rednern vergeblich nach thatsächlichen Beweisen für die
von ihnen vertretene Sache, so trifft das in no möglich
noch höheren Maße auf die Rede des Herrn Richter zu,
als bei derjenigen des Herrn Schumacher, die wohl als
recht dürftig und verworren bezeichnet werden darf. Auch
jene entbehrt nicht gänzlich der Pflicht, durch Thatsachen
die Notwendigkeit der gebotenen handelspolitischen Um-
kehr zu erklären und ergeht sich statt dessen in einer
Rekapitulation der bekannten Wohlthaten der Zollpolitik,
einschließlich der üblichen Angriffe persönlicher Art gegen
den Fürsten Bismarck. — Fügen wir gleich hinzu, daß auch die übrigen
Redner der Linken die ihnen obliegende Beweisspflicht nicht
antaten. Weder Herr Brämel, noch Herr Wipper, noch
sonst Jemand ließ sich auf Thatsachen ein; es sei denn,
man wolle die famose Behauptung des spiritus rector der
„Freihändlerfortschrittler“ für eine Thatsache ausgeben,
nur ein sehr kleiner Theil der Gewerbetreibenden und
Handwerker stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit
der Landwirtschaft, so daß man sagen könne, sein Wohl
und Wehe hänge davon ab, daß der Bauer den Weizen
voll habe.

Mit dieser allernuesten volkswirtschaftlichen Bilien-
schaft, mit diesem Mangel jeden Beweises, die deutsche
Wirtschaftspolitik durch Thatsachen zu bekämpfen — auf
jene kam es an, die Getreidezölle waren nur der Hef, auf
den man schlug, während man den Schatz jüdischer nation-
aler Arbeit meinte — damit vergleiche man jenes ge-
gebene Material von Thatsachen, welches von den Gegnern
der Antage und Freunden der Wirtschaftspolitik erbracht
wurde. Gleich der erste Redner von dieser Seite, ein kon-
servativer Bauer aus Franzen, Herr Kuh, bestreite sich nur
auf dem Boden von Thatsachen, welche erweisen, wie der
fränkische und süddeutsche Kleinbauer ein vitales Interesse
für den Schutz der Landwirtschaft habe. Wundtlich noch
paderener waren die in gleicher Richtung von Herrn Dr.
Wuhl für die Politik erbrachten thatsächlichen Beweise. Herr
Wuhl, bekanntlich ein Führer der Nationalliberalen, hat
seiner Zeit gegen Einfuhr und Erhöhung der Getreide-
zölle gekämpft; jetzt, durch die von ihm ermittelten Thatsach-
en belehrt, trat er gegen deren Aufhebung ein. Nach
anderer Seite hin vervollständigte Herr v. Schaffha diesen
Thatsachenbeweis durch seine bemerkenswerthen Statistiken über
das Verhältnis von Anbauflur und Roggenpreis, nicht
mindest Herr Leuninger und dann im Weiteren die Abg.
Jörn v. Busch und v. Hornstein, die für Schlaf-Obstzöllen
und Baden genau bestätigten, was die vorhergehenden
Redner für andere Handelszölle unter Beweis gestellt
hatten; schließlich Graf Kamitz und Herr v. Helldorf-Debra,
welche mehr die Bedeutung der agrarischen Frage auf
sich nahmen, mit der man von Seiten der Antagsteller
den Richter beglückte.

Diese Art der Diskussion, welche so deutlich das
Wesen der beiden sich gegenüberstehenden Richtungen dokum-
mentirte, verleiht ihre Wirkung auf die Antagsteller selbst.
Schon der Abgeordnete Richter erklärte, seinen Bericht
darauf zu legen, ob sein Antrag einer Abstimmung unter-

zogen würde; letzteres lehnte die Rechte für diesmal ab;
sie verlangte als größeres Ergebnis der Diskussion und
damit der seit Jahren betriebenen freihändlerischen Agitation
eine Abstimmung und blieb fest in dieser Forderung, ob-
wohl sich die Antagsteller hinter die falsche Behauptung
verstehten, die Verwerfung der Antage würde die Verhand-
lungen mit Belästigung für sich. Diese Ansicht ist
nur eine Finte, das Ungetreite ist richtig. Die Stellung
unserer Regierung für diese Verhandlungen konnte im Gegen-
theil gestärkt werden durch ein Votum des Reichstages,
welches besagt, daß wir keine Gründe innerer Natur haben,
unsere Handelspolitik zu modifiziren. Durch solches Votum
gewinnt jede Concession, welche wir machen, einen verviel-
fachen Werth und so kann der Stellung noch wieder ein-
gebracht werden, den unserer Stellung in den Verhand-
lungen die Freihändlerpresse zugeführt hätte, indem sie in
Oesterreich die falsche Meinung aufkommen ließ, wir seien
nicht abgesehen von jenem Lande zu gewöhnlichen Con-
cessionen genöthigt, unsere Getreidezölle herabzusetzen und
unsere Zollpolitik zu modifiziren.

Politische und vermischte Nachrichten.

* Der Kaiser erließ am Sonntag Morgen zunächst
im kaiserlichen Schloße Regierungsangelegenheiten,
unternehmlich die Ausfuhr und gelegentlich derselben
eine Promenade im Thiergarten und konfirierte
später mit dem Staatssekretär des Inneren Freiherrn von
Marshall. Das Befinden der Kaiserin ist andauernd
vorzüglich.

* Die Reise unseres Kaiserpaars nach England,
von der in unserer gestrigen Abendausgabe die Rede
gewesen ist, gilt, wie verlautet, der Vermählungsfeier der
Prinzessin Luise zu Schleswig-Holstein, der Gattin der
Kaiserin, mit dem Prinzen Albert von Anhalt. — Wie
wir des Weiteren hören, spricht man in Haag davon, daß
Kaiser Wilhelm gelegentlich jenseits Meeres wohlgerichtet
einen Blick am kaiserlichen Schloßhofe ablassen werde.
So lange König Wilhelm III. lebt, verlohnt sich bei dem
gerühmten Gesundheitszustande bestehen eine solche kaiserliche
Aufmerksamkeit durch die Ungunst der Verhältnisse.
Zeit hat sich die Sachlage geändert, so daß eine, wenn
auch angesichts der fortwährenden Truere des kaiserlichen
Hofes nur flüchtige Begehung mit der Königin-Regentin
Cunna in den Bereich der Möglichkeit beziehungsweise
Wahrscheinlichkeit gerückt wurde. Uebrigens fanden die
freundschaftlichen politischen Beziehungen, wie sie zwischen
Holland und Deutschland bestehen, dadurch nur einen
doppelt werthvollen äußeren Ausdruck.

* Anlaßlich des jüngstjährigen Gedächtnisses des
Erzherzogs des Reichens Reiches veranstaltete der Deutsche
Reichstag in Gedenkbüchern in Dresden eine Festschrift, welche
inhaltsreich und beachtenswert. Die Festschrift liegt der Reichs-
tagsabgeordnete Dr. Wölffler. In dieselbe schloß sich der
historische Theil der Festschrift, welcher von dem Concentralen
Vorbereiter, dem Abgeordneten „Dreyfus“, so wie von der
Reihe des Reichens Reiches verfaßt wurde. Auch in anderen
Bereichen fanden aus demselben Stoffe feierliche Veranstaltungen
zum Theil bereits statt, zum Theil stehen solche noch bevor.
* Es scheint sich zu bestätigen, daß der Kaiser
dem Fürsten Bismarck füglich eine hübsche Aufmerk-
samkeit erwiesen hat. Es verlautet, der Kaiser habe zu
Weihnachten dem Fürsten ein Album mit Aufnahmen aus
dem Innern des Alten Palais, namentlich solchen des dem
Fürsten vorbehaltenen Rathsaal und Arbeitszimmers des
Kaisers Wilhelm I., geschenkt. Auf das Dankgeschreiben des
Fürsten Bismarck ist dann ein telegraphischer Neujahrs-
grüßwort des Kaisers erfolgt.

Was von Berlin herab geht, ist allerhöchstenorts
dem Präsidenten des Reichstages Oberpräsidenten,
Dr. Hermann, der erbetene Bericht mit Bescheinigung in
Gnaden bewilligt. Dr. Hermann legt auf seinen Antrag am
1. Februar die Führung der Geschäfte nieder.

* Eine Separation des evangelisch-lutherischen Landes-
konfessionsrats hat sich am Sonntag an dem Staatsminister
v. Nolte-Wallwitz begeben, um ihm aus Anlaß seines Rücktritts
eine von kaiserlichen, ordentlichen Mitgliedern derselben vollzogene
Abreise zu überreichen, in welcher dem Minister für den von
ihm wahrend 25 Jahre lang der Landestheorie gewährten Schutz
gedankt wird.

* Nach Meldungen mehrerer Blätter wären zwischen
Italien, Deutschland und Oesterreich-Ungarn Verhandlungen
bezüglich Gründung einer Handelsliga im Gange, welche
dem Reichthum bereits ziemlich nahe sein sollen.

* Das Wünschen des kaiserlichen Hofes, daß der vor-
läufige Reichsvertrag des Prinzen Alfons von Spanien
unterzeichnet werden soll. Zur Unterzeichnung des endgültigen
Vertrages wollte der Herzog von Alencon im Laufe des Monats
Januar von Wien herbeikommen. Die Wünsche des Kaiserthums
ist zunächst dem Reichstag zu übermitteln.

* Über den Bau und die Einrichtung von Volkshoch-
schulen wird schon öfter in früherer und neuerer Zeit von
verschiedenen kaiserlichen Regierungen für ihren Bezirk Cultur-
und Anstalten aufgestellt, vertheilt und an die Landesverwal-
tungen vertheilt worden, damit diese Vorlagen in ge-
eigneten Fällen unmittelbar für eintretendes Bedürfnis als
Grundlage benutzt werden, oder, wo sie nicht als un-
mittelbar verwendbar befunden werden, die Vorarbeiten für den
Bau wesentlich erleichtern und abklären können.
In einem Erlaß vom 6. Januar bezieht sich der Kultus-
minister ein solches Vorhaben in dem angeordneten Sinn als
empfehlenswert, namentlich wenn es sich zugleich als möglich
erweist, bei solchen Schulen auch den Landesverwal-
tungen zu tragen, welche durch die verschiedenartigen örtlichen
Verhältnisse der einzelnen Landeskreise bedingt sind.
Der Kultusminister legt aber entschieden Werth darauf,
von solchen Vorhaben die Regierungen der Provinzialverwal-
tungen vor ihrer Berücksichtigung Kenntnis zu erhalten, damit er
prüfen lassen kann, ob die Vorlagen mit den erlassenen
Normativbestimmungen, wie sie u. A. durch Reichsbescheid vom
7. Juli 1888 den Provinzialverwaltungen mitgeteilt sind, überein-

stimmen, und in wie weit die nach den örtlichen Verhältnissen
als erforderlich erachteten Abänderungen diesen allgemeinen
Bestimmungen gegenüber als zulässig ercheinen.
* Wir haben unlängst darauf hingewiesen, wie notwendig
es sei, seine Sorge zu tragen, daß die verschiedenen Verträge
unserer Gesellschaft bezüglich der Gründung der Riffen bei
Küstentheilung der Bilanz durch das neue Einkommen-
steuergesetz nicht gestört oder behindert werden. In der
geschilderten Sitzung der Einkommenssteuerkommission ist
dem Wunsch des Handels und Gewerbetreibenden, wie sie
u. a. in der Revision des Gesetzes zur Abänderung der Zurechnen
von Handel und Gewerbe der Berliner Kaufmannschaft u. i. w.
zum Ausdruck gelangen, entgegen zu werden. In bezug
auf den auf Abbruch der Steuererwerb der Einkommens-
steuer in der ersten Sitzung mit Stimmeneinheit abgeleitete Antrag
der freisohnverordneten Mitglieder, der Berechnung des Gewinns
gewinn aus Handel und Gewerbe die auf Grund ordnungs-
mäßiger Bücher aufgestellte Bilanz zu Grunde zu legen, und
eingeleitete Begründung durch den Abg. Jörn v. Busch mit
einer unvollständigen Veränderung die Zustimmung des
Herrn Finanzministers und wurde hierauf einstimmig ange-
nommen. Nach diesem Erbescheid hat die betreffende Ein-
leitung dieser für Handel und Gewerbe wichtigen Frage als
abgeschlossen.

* Wie verheerend gemeint wird, hat das Reichsgericht
stark eine Entscheidung gefällt, welche den § 136 der Ge-
werberechtigung betrifft. Einige Hofräthe hatten ihren jugend-
lichen Arbeiter die Lohn von 8 Uhr morgens zu arbeiten an-
fingen, gefordert, die durch den § 136 vorgeschriebene halbtägige
Bereitungszeit vorweg zu nehmen und erst um 1/2 Uhr
zur Arbeit zu kommen. Das Reichsgericht hat diese Arbeiter
und ertheilt die Befehle und ertheilt die Befehle unter allen
Umständen eingehalten werden müßte, gleichviel wann die Arbeit
beginne. Man wird annehmen müssen, daß nach der gegen
§ 136 der Gewerbeordnung die Entscheidung des
Reichsgerichts nicht anders ausfallen konnte. Es ist darin vor-
zuziehen, daß die Arbeit für die Kinder eine halbe Stunde,
für junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren eine Stunde,
für Vollwachsene und Nachmittags je eine halbe Stunde mit-
telst betragen muß. Danach ist nicht bloß die erhaltene Ent-
scheidung des Reichsgerichts aufrecht, es ist sogar ausgeschlossen,
daß ein Arbeitgeber, der für einen jugendlichen Arbeiter in der
Wartungszeit von 11 bis 1/2 Uhr eine Beschäftigung hätte, diese
Beschäftigung betriebe. Denn die zwei Stunden werden gerade
durch die vorgeschriebene Einhaltnahme der Pausen abgedeckt
werden. Diese wunderlichen Konsequenzen sind in der Fassung,
welche der § 136 in der Gewerbeordnungsinstruktion gefaßt hat,
wenigstens bis zu einem gewissen Grade vorhanden. Es ist
darin nämlich bestimmt, daß für jugendliche Arbeiter, welche nur
sechs Stunden täglich beschäftigt werden, die Pausen mindestens
eine halbe Stunde betragen, den übrigen jugendlichen Arbeitern
mindestens eine einstuhrige Pausenzeit je eine halbtägige
Bereitungszeit und Nachmittags je eine halbe Stunde. Man
kann annehmen, daß zur ersten Kategorie der jugendlichen
Arbeiter alle bis zu 6 Stunden täglich beschäftigten ge-
zählt werden sollen, wobei es allerdings angeht, wie die Zahlung
von 8 Uhr morgens, sonst können unter die zweite Kategorie die
unter 6 Stunden täglich beschäftigten jugendlichen Arbeiter als
der zweiten Kategorie unterliegen, wenn der Arbeitgeber
Arbeiter nur insgesamt eine halbtägige Pausen einhalten
brauchen. Eine wunderliche Konsequenz wird die Fassung aber
doch wenigstens in der Theorie, bestehen. Daher ist die
unter 6 Stunden täglich beschäftigten jugendlichen Arbeiter
als der zweiten Kategorie unterliegen, wenn der Arbeitgeber
Arbeiter nur insgesamt eine halbtägige Pausen einhalten
brauchen. Eine wunderliche Konsequenz wird die Fassung aber
doch wenigstens in der Theorie, bestehen. Daher ist die
unter 6 Stunden täglich beschäftigten jugendlichen Arbeiter als
der zweiten Kategorie unterliegen, wenn der Arbeitgeber
Arbeiter nur insgesamt eine halbtägige Pausen einhalten
brauchen.

* Dem Oberpräsidenten Dr. Adel, welcher gegenwärtig in
Regen in Baden sich aufhält, wird ein Brief geschrieben,
welcher berichtet, vom kaiserlichen Hofe aus während der ver-
wichenen Wochen die hübschsten Beweise persönlicher Theil-
nahme zugekommen. Das Reichsgericht, der Reichsstatthalter
und der Reichsminister des Inneren sind dem Reichsminister
sehr vertraut und die besten Beweise für baldige völlige Ge-
nehung auszubringen.

* Bei den Verhandlungen der Budgetkommission
für Deutsch-Ostafrika machte Staatssekretär v. Marshall
einige Mittheilungen über die beabsichtigte Reorganisation
von Deutsch-Ostafrika:

Ein einziger oberer Gouverneur mit ausgedehnten Macht-
befugnissen, der vom Reichsminister ernannt wird, von 1. April
an die Civil- und Militärverwaltung verwalten. Es wird demselben
abgeschickelt werden, seine Befugnisse ganz oder theilweise
zu delegiren, insbesondere der Entscheidungen zur Verwaltung
des Reichens Schätze. Die Zahl der Beamten wird durch die
neue, selbständige Verwaltung vertheilt werden, werden
einziehen, ist ungewiß und wurde Zusatzen aller Art
herbeizuziehen. Die Schutztruppe wurde einen besonderen Kom-
mandanten erhalten. Derselbe residiert vom Gouverneur
Raumverwaltung, den höchsten Stellen abwärts, bis hin-
unter und diebestimmten Vertheilung vom Reichsminister.
Besonders wurde das Verhältnis der Kolonialpolitik geändert
werden. Auch diese soll dem Reichsminister mittheilt werden.
Über die Vertheilung finden in der Befugnisverwaltung des Gouverneurs
und zu zweien der Zustimmung. Es wurde eine Anzahl
von Stationsvorstehern eingesetzt werden, welche auch die
Aufsicht über die Polizeiverwaltung zu führen haben. Kleine Expe-
ditionen sollen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung von den
Stellen an unternehmen werden. Ein weiteres Bedingnis ist
das Jurem von der Seite aus seine nur schrittweise und all-
mählich erfolgen, zunächst nur zur Sicherung der großen Stationen
nennliche vom Victoria Nyanza und Tabora und Wuywuy
bei Galtze.

Der Ausgabeort von 3 1/2 Millionen befreit sich mit
2,200,000 Mark auf die Schutztruppe, mit 800,000 Mark auf die
Kolonialverwaltung und mit 600,000 Mark auf die Zahl der
Beamten, die die Stellen zu den Schutztruppen und einzureisen
werden sollen auch der Stationsverwaltungen. Die Schutztruppe
wird 1500 farbige Mannschaften zählen, 28-bändige Distrierte,
32 deutsche Unteroffiziere, 12 farbige Offiziere und 40 farbige
Unteroffiziere. In die Kosten der Schutztruppe sind auch ein-

